

▷ „Revolution 1918-1920“

## Wie geht es weiter? Die ersten Verhandlungen

*Auszüge aus der Niederschrift einer Besprechung zwischen Offizieren, Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats, Staatssekretär Haussmann als Vertreter der Reichsregierung und dem MSPD-Reichstagsabgeordneten Noske am 4. November 1918 in Kiel:*

[...] Gewerkschaftssekretär Garbe [MSPD] führt aus, daß viele Hin- und Herreden zwecklos seien, sondern daß, um auf die normalen Verhältnisse vor dem 3. November zurückzukommen, die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden müssten, die dem Arbeiter- und Soldatenrat ermöglichen, auf die Soldaten und Arbeiter einzuwirken. Reichstagsabgeordneter Noske teilte mit, daß nach ihm in der Reichskanzlei gewordenen Informationen keine Art von Verzweiflungstreue gegen England beabsichtigt sei. Wenn der Gedanke an ein solches Unternehmen aufgekommen sei, so sei das wohl auf falsch gedeutete Äußerungen einzelner Offiziere zurückzuführen.

Von einem Vertreter des Soldatenrates wurde hierauf mitgeteilt, daß die Forderungen der Matrosen folgende seien:

- 1.) Freie Meinungsäußerung, Rücktritt des Kaisers
- 2.) Größere Rechte des Volkes (Ausbau des Wahlrechts),
- 3.) Entlassung der Gefangenen und deren Straffreiheit,
- 4.) Bildung eines Matrosenrates, der in Angelegenheiten der Verpflegung, Fragen disziplinarer Art usw. gehört werden soll.

Wenn diese Forderungen erfüllt oder bestimmte Zusicherungen in dieser Beziehung gegeben werden, wird Ruhe unter den Mannschaften gehalten werden können.

Voraussetzung sei jedoch immer, daß Entwaffnungen der Männer nicht versucht werden.

[...]

Staatssekretär Haussmann stellt fest, [...] es sei ihm sehr um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu tun, die darin beständen, die Missverständnisse zu beseitigen.

[...]

Auf diese Ausführungen des Staatssekretärs Haussmann entgegnet ein Vertreter des Soldatenrates, daß die Bewegung nicht allein auf Mißverständnisse zurückzuführen sei, sondern, daß sie auch politischen Charakter trägt; der Grundgedanke hierbei sei Herauskommen aus den bisherigen Zuständen, d.i. Beseitigung des Militarismus. Hierauf wurde dem Vorstandsmitglied der U.S.P.D. [- Kiel] Popp das Wort erteilt. Er führte aus, daß der Militarismus in sich zusammenbreche und daß, je nachdem man die Bewegung gewähren lasse, die Lösung eine friedliche oder eine gewalttätige sein werde, und zwar die Entwicklung zum friedlichen Sozialismus oder die Diktatur des Proletariats bedeuten,

das, was man bei uns als „Bolschewismus“ bezeichnete. Von ihm wurde, sollte eine Wiederholung der jetzigen Zustände vermieden werden, folgende Mindestforderung aufgestellt:

- 1.) Beseitigung der Krone,
- 2.) Abschaffung sämtlicher Monarchien in Deutschland
- 3.) Freie Volksrepublik
- 4.) Ein gerechtes Wahlrecht. Als solches betrachte er das Proportionalwahlrecht, daß die Stimmberechtigung auch den Frauen zuspreche.
- 5.) Pressfreiheit,
- 6.) Restlose Entlassung aller Gefangenen.

[...] Abgeordneter Noske weist, zu den Vertretern des Soldatenrates gewendet, darauf hin, daß die Weiterführung des Krieges nicht die Schuld Deutschlands sei. Wird die Bewegung nicht abgebaut oder gar in anderen Marinegarnisonen wiederholt, muß damit gerechnet werden, daß die Engländer binnen 3 Tagen vor Wilhelmshaven erscheinen würden. [...] Er halte die Waffenniederlegung seitens der [Revolutionäre] nur dann für möglich, wenn den Leuten die Zusicherung des Rücktritts des Kaisers, mit der doch über kurz oder lang zu rechnen ist, gemacht werden kann. [...]

(abgedruckt bei Jörg Berlin: Die deutsche Revolution 1918/19. Quellen und Dokumente. Köln 1979, S. 158f.)